



Interviews

Datum: 1. August 2024

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, SPD, im Gespräch mit Steffen Wurzel

Steffen Wurzel: Herr Pistorius, angesichts der Lage im Nahen Osten, inwiefern bereitet sich die Bundeswehr auf eine Evakuierung von Staatsbürgern aus dem Libanon vor und würden Sie mit einer möglichen solchen Evakuierung nicht auch die Gesundheit, das Leben von deutschen Soldatinnen und Soldaten gefährden?

Boris Pistorius: Nein, das würden wir nicht, denn der Einsatz UNIFIL ist ja ein internationaler, einer unter UN-Mandat. Da machen wir keine nationalen Alleingänge. Wir haben es bislang immer hinbekommen, die Sicherheit zu gewährleisten. Aber natürlich bleiben wir zusammen mit den Vereinten Nationen und unseren Partnern vor Ort sehr wachsam, was die Entwicklungen angeht und um auch schnell reagieren zu können. Die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten hat da natürlich Vorrang.

Was die Evakuierung angeht – wir beurteilen die Lage insgesamt regelmäßig mit dem Auswärtigen Amt und mit internationalen Partnern. Und wenn sich abzeichnet, dass das Risiko zu groß wird oder es schnell gehandelt werden muss, dann können wir innerhalb von zwei Tagen sofort handlungsfähig sein und die Evakuierung herbeiführen. Das haben wir bewiesen im Sudan und das könnten wir in dem Fall auch.

Wichtig ist, dass jetzt alle, die im Libanon sind, die deutschen Staatsangehörigen jetzt die Zeit nutzen, um dort auszureisen, um erstens sich nicht zu gefährden, aber auch nicht andere, die dann womöglich losfliegen müssen, um dort die Staatsangehörigen rauszuholen. Da hat jeder auch eine Verantwortung.

Wurzel: Wir zeichnen dieses Gespräch auf auf dem Militärgelände von Pearl Harbor in Honolulu, in Sichtweite des Pazifik. Welches Interesse hat Deutschland an der Indopazifik-Region und wieso ist es wichtig, dass sich die Bundeswehr hier engagiert?

Pistorius: Die Welt ist in den letzten 30 Jahren enger zusammengerückt, was man auch einfach umschreiben könnte, indem man sagt, das was irgendwo auf der Welt in einer Region passiert, was sicherheitsrelevant oder migrationsrelevant oder in anderer Weise von Bedeutung ist, hat immer unmittelbarer und immer schneller Auswirkungen auch auf andere Regionen. Die Stabilität einer Region, zum Beispiel wie der des Indopazifik, die Stabilität dieser Region hat Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen, auf Handelsbeziehungen, auf die Freiheit der Meere, die Freiheit der Navigation, auf das internationale Recht. Was entscheidend ist: Die regelbasierte internationale Ordnung ist die Grundlage, in der wir seit

Jahrzehnten leben können, und wenn das in Gefahr ist, wenn das unter Druck gerät, dann hat das Auswirkungen natürlich auch auf Deutschland, Europa oder andere Teile der Welt. Deswegen kann es nie so sein, dass man sagt, das ist so weit weg, das geht uns nichts an, sondern wir müssen immer gucken, welche Partner haben wir, strategische oder andere, wie sind die gemeinschaftlichen Interessen derjenigen Länder der Welt, die für die regelbasierte internationale Ordnung einzutreten bereit sind, die um ihren Wert wissen, für sich, aber auch für alle anderen, die wissen, dass diese regelbasierte internationale Ordnung gerade geschaffen worden ist, um Stabilität zu gewährleisten und auch gerade diejenigen Länder zu schützen, die kleiner sind, die schwächer sind, die alleine ihre Interessen nicht schützen und wahren können. Das alles zusammengenommen erklärt sehr gut, warum das notwendig ist, auch wenn es weit weg ist. Alles, was hier stabilisiert werden kann mit unserer Präsenz - ‚Presence Matters‘ - Präsenz zählt, das nützt uns am Ende gemeinsam als Völkergemeinschaft, aber auch als Deutschland und Europa.

Wurzel: Wenn Sie sagen, dass Dinge stabilisiert werden müssen in der Region, heißt das ja auch, dass es instabil ist. Was sorgt, wer sorgt für diese instabile Situation?

Pistorius: Oder es bestehen Gründe anzunehmen, dass sie sich destabilisieren könnten. Und ja, es ist ja nicht wegzudiskutieren, dass Chinas Dominanz hier in der Region – nicht hier in der Region, sondern im Indopazifik, im südchinesischen Meer und anderswo – natürlich für Unruhe sorgt unter den Anrainerstaaten, den anderen unter unseren Partnern und anderen, dass es dafür sorgt, dass man sich Gedanken und Sorgen macht, vielleicht sogar Ängste hat um die eigene Überlebensfähigkeit, um die eigene wirtschaftliche Prosperität. Das alles spielt eine Rolle und wir wollen gemeinsam mit anderen sagen, die Voraussetzung, die Basis von Wohlstand und Sicherheit aller Länder liegt im internationalen Recht, in der regelbasierten internationalen Ordnung, und dafür Flagge zu zeigen, dafür sind wir, übrigens ja nicht nur Deutschland, auch etliche andere europäische Nationen hier, um dafür Flagge zu zeigen.

Wurzel: Sie haben gestern und heute mehrfach betont, dass die Situation hier indirekt auch mit der in Osteuropa zu tun hat, mit dem Krieg in der Ukraine. Was meinen Sie damit genau?

Pistorius: Nehmen wir das Beispiel Südkorea und Nordkorea. Durch den Umstand, dass Nordkorea sich zu einem quasi Verbündeten von Russland gemacht hat, involviert ist durch Lieferungen von Waffen und Munition in den Krieg, den Putin gegen die Ukraine führt, hat das auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Südkorea zu Russland und damit gibt es gewissermaßen eine nicht gewollte, aber geradezu erkennbare Brücke zwischen Interessenlagen und Konfliktlagen, zwischen Asien in dem Fall und Europa. Es gibt diese Verbindung

über diese Allianz zwischen Russland und Nordkorea und deswegen wird auch an der Stelle sehr deutlich, wie nah wir beieinander liegen, wenn es um Sicherheitsfragen geht.

Wurzel: Die deutsche Fregatte Baden-Württemberg, die Sie besucht haben, wird weiterfahren durchs Südchinesische Meer, zurück nach Deutschland. Behalten Sie sich auch vor, dass das Schiff durch die Taiwan-Straße fahren wird?

Pistorius: Zunächst geht es darum, dass wir im südchinesischen Meer Präsenz zeigen. Ich kann es nur noch mal sagen. Präsenz zu zeigen, ist wichtig. Von uns alleine wäre das nicht ausreichend, aber dass wir mit vielen anderen dort unterwegs sind, zeigt das. Wir betrachten das Südchinesische Meer als internationale Gewässer, die frei von jeder Nation befahren werden können.

Wurzel: Die Chinesen sehen das anders.

Pistorius: Die Chinesen scheinen, das anders zu sehen. Deswegen ist das Zeichen ja auch notwendig und deswegen ist es gut, dass wir das tun. Ob wir durch die Straße von Taiwan fahren, werden wir dann entscheiden, wenn die Entscheidung ansteht. Das ist jetzt noch nicht der Fall.

Wurzel: Wie gehen Sie mit diesem Dilemma um? Wenn Sie das Schiff durchfahren lassen, verärgern Sie die Staats- und Parteiführung in Peking; wenn Sie nicht durchfahren, müsste man sich von alliierten, befreundeten Staaten Appeasement vorwerfen lassen.

Pistorius: Ich weiß nicht, ob man Appeasement als Vorwurf kriegen würde und ob die Verärgerung der chinesischen Führung, wie soll ich sagen, eine Kategorie sein müsste, über die ich mich sorgen müsste. Lassen wir mal beides dahingestellt sein. Wir entscheiden rechtzeitig vorher nach Abwägung aller Kriterien und ich bin sicher, es wird eine gute Entscheidung werden.

Wurzel: Sie haben gestern und heute auch mehrfach betont, dass es auch darum geht, als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt den freien Handel auf den Weltmeeren aufrechtzuerhalten und möglichzumachen. Es gab mal Zeiten in Deutschland, da ist ein Bundespräsident zurückgetreten, weil es scharfe Kritik gab an einer Aussage von ihm. Horst Köhler war das, der

vor nicht mal 15 Jahren gesagt hat, man müsse doch bitteschön die Seewege möglicherweise auch militärisch absichern. Wie kam es zu diesem Sinneswandel in der deutschen Politik, in der deutschen Gesellschaft, dass solche Aussagen wie „wir müssen die Seewege sichern“ inzwischen zum politischen Standard gehören?

Pistorius: Da erlaube ich mir zunächst mal eine historische Anmerkung. Erstens bin ich mir nicht sicher, ob Horst Köhler wirklich wegen der Kritik an dieser Äußerung zurückgetreten ist. Da gab es, glaube ich, auch noch andere Umstände.

Und jetzt die zweite Bemerkung ist: Er hat ja recht gehabt damals und er war jemand, der sich in besonderer Weise für die europäische Afrika-Politik und die deutsche Afrika-Politik starkgemacht hat, und auch das mit Recht, und das ist nicht durchgedrungen.

Was wir heute wissen, was wir damals schon hätten wissen können, ist: Nationale Interessen sind immer gebündelte internationale Interessen, entweder widerstreitend oder gleichgelagert. Wenn heute die Auffassung eine andere ist, dann ist das schlicht dem Umstand geschuldet, dass die Welt eine andere geworden ist. Ich habe es an anderer Stelle schon mehrfach in anderen Zusammenhängen gesagt: Kurt Schumacher, an dem ich mich gerne orientiere in dem Punkt, hat immer gesagt, Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit, und ich füge hinzu, danach sollte sie sich ausrichten. Es wäre ja merkwürdig, wenn wir in der veränderten Weltlage, in der wir heute sind, erkennbar sind, was internationale Beziehungen, was die Auflösung der Blöcke und vieles andere angeht, wenn wir dann immer noch genauso argumentieren würden wie vor 15 oder vor 20 Jahren. Das wäre keine zukunftsgewandte Politik.

Wurzel: In Ihrer Partei, der SPD, sind dieser Tage längst nicht alle überzeugt davon, dass in Deutschland US-Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen. Das sei mit zu großen Risiken behaftet. Wie wollen Sie angesichts dessen Ihrer eigenen Partei vermitteln, dass sich Deutschland ausgerechnet jetzt mehr im Indopazifik, was ja noch weiter weg ist, engagieren sollte?

Pistorius: Ich glaube, das muss man voneinander trennen. Ich habe nicht den Eindruck, dass das nicht nur nicht verstanden wird, sondern dass das geteilt wird, dass das notwendig ist. Internationale Politik ist in der SPD nicht umstritten, habe ich jedenfalls nicht den Eindruck.

Und was die Frage der Stationierung angeht: Ich habe überhaupt kein Problem damit, das zu diskutieren. Wir müssen uns nur darüber im Klaren sein, in welche Richtung die Reise gehen soll. Es geht hier nicht um Wettrüsten, es geht nicht um Nachrüsten; es geht um Aufholen, Abschreckungsfähigkeit wiederherzustellen, die abhandengekommen ist. Und natürlich muss man darüber diskutieren. Das haben wir gemacht in einer viel weitergehenden Diskussion

beim NATO-Doppelbeschluss Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre, und es spricht nichts dagegen, das jetzt auch zu tun. Aber dies hier ist eine exekutive Entscheidung der amerikanischen Administration gewesen, in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt. Aber natürlich kann man darüber diskutieren und man muss darüber auch diskutieren, und ich hoffe, dass danach mehr bei uns in Deutschland verstehen und anerkennen, dass wir in einer anderen Welt leben und dass Abschreckungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit Voraussetzung dafür sind, friedlich miteinander leben zu können und dann auch wieder über Abrüstung sprechen zu können. Aber dazu braucht man die entsprechende Position einer gewissen Stärke.

Wurzel: Mehr Engagement im Indopazifik, das erfordert Ressourcen, das kostet Geld, neue Schiffe, neue U-Boote, neue Flugzeuge, möglicherweise neues Personal vor allem bei der Marine auch, das alles, während Ihr Kabinettskollege Finanzminister Christian Lindner sinngemäß sagt, der Verteidigungsminister muss auskommen mit dem Geld, was ihm zur Verfügung steht. Wie geht das zusammen?

Pistorius: Das werden die Haushaltsberatungen in der zweiten Jahreshälfte zeigen nach der Sommerpause. Ich werde nicht müde zu unterlegen, worum es geht. Die Diskussion darüber wird geführt werden, nach der Sommerpause, aber nicht in der Sommerpause.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.